

Beziehungen möglicherweise ernsthaftige Rückschläge erleiden könnten. Aus chinesischer Sicht geht es nicht nur um die amerikanische Waffenlieferungspolitik an Taiwan, sondern um die gesamte Richtung der amerikanischen Taiwan-Politik, wie sie sich im Rahmen des sog. Taiwan Relations Act entwickelt hat. Chinesische Führer machen die andauernde Unterstützung Taiwans durch die Reagan-Administration maßgeblich für die Hartnäckigkeit verantwortlich, mit der sich die Führung in Taipeh gegen alle Initiativen der Volksrepublik zu Verhandlungen über eine friedliche Wiedervereinigung stemmt. Auch in der Korea-Frage wandte sich die chinesische Seite während der Gespräche gegen eine weitere Anwesenheit von US-Truppen in Südkorea. Im Gegensatz jedoch zu der deutlichen und offenen Sprache hinsichtlich des Taiwan-Problems waren die chinesischen Äußerungen zu Korea zurückhaltend und vorsichtig formuliert. So hieß es z.B. zur Stationierung der amerikanischen Truppen in Südkorea, daß "dies dem Ruf Ihres Landes nicht gut tut". (IHT, 27.4.84)

Als Fazit der politischen Gespräche läßt sich ziehen, daß die seit zwei Jahren erkennbare Distanzierung der chinesischen Außenpolitik von US-Positionen aufrechterhalten bleibt. In den Worten Hu Yaobangs sei die "unabhängige Außenpolitik" Chinas "kein Notbehelf, sondern eine langfristige Politik, die auf jahrzehntelanger Erfahrung beruht". (BRu, 8.5.84, S.7) In der Tat scheinen die Gewinne und Vorteile, die China aus seinem außenpolitischen Arrangement mit den USA zu ziehen vermag, auch dann gewährleistet, wenn in Einzelfragen eine eigenständige, von der Haltung der USA abweichende Position aufgebaut wird. Gleichzeitig bietet eine solche begrenzte Distanzierung den Vorteil größerer Glaubwürdigkeit in der Dritten Welt.

Daß eine solche "Kosten-Nutzen-Analyse" bisher aufgeht, hat der wirtschaftliche Programmteil des Besuchs gezeigt. Ein Musterbeispiel hierfür ist die Paraphierung des amerikanisch-chinesischen Abkommens über die friedliche Nutzung der Kernenergie während des Besuchs, in dem von amerikanischer Seite eindeutig Zugeständnisse gemacht worden sind, die bisher bei der Unterzeichnung solcher Abkommen mit anderen Ländern nicht getätigt wurden. Vor allem wurde keine Nichtweitergabe-Klausel in das Abkommen eingeschlossen. Zwar heißt es, der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang hätte während seines US-Besuchs im Januar 1984 diesbezüglich eine mündliche Zusage gegeben,

aber vertragsrechtlich ist die chinesische Seite nicht gebunden. Es steht in ihrem Ermessen, ob sie das durch die Übereinkunft gewonnene atomare Wissen zu nichtfriedlichen Zwecken an Drittländer weitergibt. Es wird sich entscheiden, ob der amerikanische Kongreß eine solche "mündliche Zusage" akzeptiert oder ob er sich auf das 1978 verabschiedete Gesetz über die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen stützen wird. Die möglichen Folgen einer solchen Ablehnung sind heute noch nicht voraussehbar. -ma-

\*(8)

#### Sino-US Kooperationsabkommen

Im Rahmen der zweiten Sitzung des gemeinsamen chinesisch-amerikanischen Ausschusses für Kommerz und Handel in Washington unterzeichneten Chen Muhua, Ministerin für außenwirtschaftliche Beziehungen und Handel, sowie US Handelssekretär Malcolm Baldrige zwei Kooperationsprogramme für den metallurgischen Bereich und den Telekommunikations- wie Elektronik-Bereich. Bei diesem Programm handelt es sich um Durchführungsprogramme im Rahmen der allgemeinen Zusammenarbeitserklärung, die US-Präsident Reagan und der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang im Januar 1984 während des Amerika-Besuchs des chinesischen Ministerpräsidenten unterzeichnet hatten. Ferner hat sich die amerikanische Seite bereiterklärt, eine Reihe von sogenannten Durchführbarkeitsstudien für Erdöl- und Erdgasexploration, Silikon-Herstellung und Eisenbahnmaterial-Produktion zu erstellen. Von chinesischer Seite äußerte man sich zufrieden über den Verlauf der Verhandlungen, insbesondere da in der Vergangenheit "Probleme und Hindernisse in den chinesisch-amerikanischen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen existierten". Hierbei handelt es sich neben Import- und Exportbeschränkungen durch die amerikanische Seite vor allem um Beschränkungen, denen amerikanische Unternehmen hinsichtlich ihrer Investitionstätigkeit und der technologischen Zusammenarbeit mit China unterliegen. (XNA, 11.5.84; BRu, 22.5.84) -ma-

#### Lateinamerika

\*(9)

##### Ecuadors Präsident in China

Am 15.Mai traf Osvaldo Hurtado, Präsident der Republik Ecuador, zu einem offiziellen Staatsbesuch in der Volksrepublik China ein. Er wurde vom chinesischen Präsidenten Li Xiannian empfangen. Gespräche wurden ferner mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang und dem chinesischen Außenminister Wu Xueqian geführt. Der Besuch gab

der chinesischen Seite erneut die Möglichkeit, ihre Vorstellungen zur Lage in Mittelamerika zu verdeutlichen. Die bilateralen Beziehungen zwischen China und Ecuador hätten sich seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor 4 Jahren deutlich intensiviert. Insbesondere die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit hätte erste konkrete Ergebnisse gezeigt. Zur Mittelamerikasituation sieht die chinesische Führung zwei vorwiegende Tendenzen. Einerseits habe sich die Lage durch die Vormachtspolitik der Sowjetunion und der USA verschärft. Andererseits jedoch hätte die Contadora-Gruppe "große Anstrengungen unternommen, um nach einer friedlichen Lösung der Mittelamerika-Frage durch Vermittlung zu suchen". (BRu, 22.5.84, S.12) Dennoch bleibt die Mittelamerikasituation weiterhin komplex. Sie wird "nicht leicht gelöst werden, und der Weg zum Frieden scheint weit und gewunden zu sein". (XNA, 15.5.84; 16.5.84) -ma-

#### INNENPOLITIK

\*

\*

\*\*\*\*\*

\*(10)

#### 2.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses

Der VI.Nationale Volkskongreß trat vom 15.-31.Mai 1984 in Beijing zu seiner 2.Tagung zusammen. An der alljährlich stattfindenden Plenarversammlung des chinesischen Parlaments nahmen über 2.700 Abgeordnete teil. Sie stellten im Verlauf der Tagung insgesamt 114 Gruppenanträge und machten 2.248 Einzelschlüsse zu verschiedenen Bereichen. Dem VI.NVK gehören gegenwärtig 2.973 Abgeordnete an. Sie kommen aus 31 Wahlheiten: den 21 Provinzen, 5 Autonomen Gebieten und 3 provinzfremden Städten, der Gruppe der in der VR China lebenden Taiwaner und aus der Volksbefreiungsarmee. Die NVK-Abgeordneten aus Hongkong und Macau gehören den Parlamentariern aus der Provinz Guangdong an. Auf seiner 2.Tagung faßte der VI.Nationale Volkskongreß folgende Beschlüsse:

- Annahme des Regierungsberichts von Zhao Ziyang.

- Annahme des Berichts über den Plan für die volkswirtschaftliche und soziale Entwicklung im Jahre 1984 des Direktors der Zentralen Planungskommission Song Ping.

- Annahme des Berichts über den Staatshaushalt des Jahres 1983 und das Haushaltsbudget für 1984 von Finanzminister Wang Bingqian.

- Verabschiedung des Gesetzes über

regionale Autonomie der nationalen Minderheiten.

- Verabschiedung des abgeänderten Militärdienstgesetzes der Volksrepublik China.

- Verabschiedung eines Beschlusses über die Errichtung des Verwaltungsgebiets Hainan.

- Annahme des Arbeitsberichts des Ständigen Ausschusses des VI.NVK.

- Annahme des Berichts des Obersten Volksgerichtshofs über seine Arbeit im vergangenen Jahr.

- Annahme des Berichts der Obersten Volksstaatsanwaltschaft über ihre Arbeit im vergangenen Jahr.

- Wahl von Ma Mankui in den Ständigen Ausschub des VI.NVK.

In einem Leitartikel zur Eröffnung der 2.Tagung des VI.NVK am 15.Mai 1984 forderte das ZK-Organ "Volkszeitung" die Fortführung der Wirtschaftsreformen vor allem im städtischen Bereich. 1984 müsse die Arbeit auf wirtschaftlichem Gebiet auf zwei Aufgaben konzentriert werden: die Umstrukturierung des Wirtschaftssystems und die Entwicklung der Politik der offenen Tür gegenüber dem (kapitalistischen) Ausland. Die Staatsorgane wurden aufgefordert, die Reformen weiter voranzutreiben und die Verwirklichung der beschlossenen Reformmaßnahmen zu gewährleisten. -sch-

\*(11)

#### Aussagen zur Innenpolitik im Regierungsbericht von Zhao Ziyang

Der Regierungsbericht, der von Ministerpräsident auf der 2.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses vorgetragen wurde, umfaßte 18.000 Schriftzeichen und war in einen innen- und wirtschaftspolitischen und einen außenpolitischen Teil gegliedert. Der 1.Teil war fast ausschließlich wirtschaftlichen Fragen gewidmet (s. hierzu den Artikel von Erhard Louven in diesem Heft).

Im 1.Teil des Arbeitsberichts der Regierung ging Zhao Ziyang auch auf die Bekämpfung der sog. "geistigen Verschmutzung" ein. Hier habe es bemerkenswerte Erfolge gegeben. Allerdings habe man zu Beginn versäumt, einen klaren Rahmen für die Bekämpfung der "geistigen Verschmutzung" abzustechen, und deshalb sei es an einigen Orten zu unangemessenen Handlungen gekommen. Letztere habe man jedoch rechtzeitig korrigieren können. In Zukunft dürften auf keinen Fall die Forderungen des Volkes nach besseren kulturellen und materiellen Bedingungen mit

dem Problem der "geistigen Verschmutzung an der ideologischen Front" durcheinandergebracht werden.

Obwohl sich Zhao Ziyang auffallend zurückhaltend über die "geistige Verschmutzung" äußerte, ging er überraschenderweise nur in Bezug auf die Politik gegenüber den Intellektuellen kurz auf das Problem der in den letzten Wochen häufig beklagten "linken" Einflüsse und Tendenzen ein. Damit blieb der Regierungsbericht - der in der Regel zunächst im Politbüro ausgehandelt wird, bevor er im Nationalen Volkskongreß vorgetragen wird - weit hinter dem Leitartikel der "Volkszeitung" vom 5.April 1984 zurück. Dort war die Obstruktion der Reformpolitik auf den unteren Ebenen kritisiert worden, die eng verbunden sei mit den "linken" Ansichten und Praktiken auf den oberen Ebenen. In einem Kommentar der Guangming-Tageszeitung vom 14.April 1984 war die "linke" Ideologie sogar als das "Haupthindernis" für die Durchsetzung des neuen Kurses und der damit verbundenen Reformen bezeichnet worden. Im Regierungsbericht von Zhao Ziyang suchte man jedoch vergeblich nach solchen offenen Worten der Kritik. Der Bürgermeister von Taiyuan, Wang Maolin, forderte deshalb während der Beratungen eine Reihe von Ergänzungen zum Regierungsbericht in Bezug auf die Hindernisse, die den Reformen entgegenstehen. Es müsse klar gesagt werden, daß die Widerstände gegen die Reformen von "linken" und konservativen Kräften herrührten. Außerdem müsse der Regierungsbericht die Aufforderung an die Partei- und Staatsorgane aller Ebenen enthalten, die Reformkräfte zu unterstützen und vor Angriffen zu schützen. Schließlich müsse der Staatsrat aufgefordert werden, konkrete Maßnahmen zur Verwirklichung der Reformen zu erlassen. (RMRB, 18.5.84)

Als zentrale Aufgabe bezeichnete Zhao Ziyang in seinem Regierungsbericht die weitere Entwicklung der Volkswirtschaft. Dabei stehe man vor einem Berg von Problemen. Die größte Schwierigkeit bestehe darin, daß die Wirtschaftsbeziehungen immer noch nicht rational umstrukturiert seien. Dies gelte insbesondere für das irrationale Preissystem - hier seien, zum Nachteil für die Volkswirtschaft, die Bedingungen für eine grundlegende Reform in kurzer Zeit nicht gegeben. Bezeichnenderweise sprach Zhao nur allgemein von fehlenden "Bedingungen", so daß hieraus geschlossen werden kann, daß es gegen eine umfassende, auf Marktpreise hinauslaufende Preisreform auch starke politische Widerstände gibt.

Im außenpolitischen Teil seiner Rede wiederholte Zhao Ziyang die bekannten Positionen. Zur Zukunft von Hongkong erklärte er, daß die Stadt ab 1997 den Status eines Sonderverwaltungsgebiets gemäß Art.31 der Verfassung erhalten werde. Die Stadt solle dann von Hongkonger Bürgern verwaltet werden und einen "hohen Grad an Autonomie" genießen. Das bestehende gesellschaftliche und wirtschaftliche System sowie die Lebensgewohnheiten der Bürger von Hongkong würden nicht verändert werden. Die bestehenden Gesetze würden im wesentlichen die gleichen bleiben, und auch die wirtschaftlichen Interessen Großbritanniens und anderer Staaten in Hongkong würden gebührend beachtet werden. Diese Maßnahmen, so wiederholte Zhao Ziyang, hätten von 1997 an 50 Jahre lang Gültigkeit. -sch-

\*(12)

#### Gesetz über regionale Autonomie der nationalen Minderheiten

Ein Gesetz über regionale Autonomie der nationalen Minderheiten Chinas wurde Ende Mai 1984 von der 2.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses verabschiedet. Das Gesetz umfaßt 68 Artikel und regelt u.a. die Einrichtung von Verwaltungsgebieten mit autonomen Sonderrechten für nationale Minderheiten, die Bildung von Selbstverwaltungsorganen der nationalen Minderheiten und deren Befugnisse sowie die Führung der autonomen Verwaltungsgebiete durch die übergeordneten Staatsorgane.

Das neue Gesetz betont zunächst, daß alle Gebiete mit nationaler Autonomie unveräußerliche Teile der Volksrepublik China darstellen. Die Selbstverwaltungsorgane der nationalen Minderheiten - dies sind Volkskongresse und Volksregierungen mit autonomen Sonderrechten - werden als lokale politische Machtorgane eingestuft, die letztlich der Beijinger Zentralregierung unterstehen. Allerdings wird den Selbstverwaltungsorganen eine Reihe von lokalen Sonderrechten eingeräumt. So können sie entsprechend den örtlichen Besonderheiten lokale Gesetze und Bestimmungen erlassen, die allerdings dem Ständigen Ausschub des Nationalen Volkskongresses zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. Im Rahmen der staatlichen Pläne, zum Teil nach Genehmigung durch den Staatsrat, können auch regionalspezifische binnen- und außenwirtschaftliche Maßnahmen ergriffen werden. Mit Zustimmung des Staatsrats dürfen auch eigene Sicherheitskräfte aufgebaut werden. Den Selbstverwaltungsorganen wird darüber hinaus ausdrücklich das Recht eingeräumt, Sprache und Schrift der nationalen Minderhei-

ten bei ihren Amtshandlungen zu verwenden.

Das Gesetz verpflichtet aber auch die Selbstverwaltungsorgane, den lokalen nationalen Minderheiten die Religionsfreiheit und das Recht einzuräumen, ihre eigene Sprache und Schrift zu benutzen und ihre Gebräuche zu bewahren. Dieser Passus ist ein Indiz dafür, daß in den Gebieten der nationalen Minderheiten nach wie vor Han-Chinesen, die in der Vergangenheit die Eigenarten der nationalen Minderheiten eher unterdrückt als respektiert haben, die eigentliche Macht ausüben. Insgesamt gesehen werden denn auch in dem Gesetz den nationalen Minderheiten nur sehr begrenzte Autonomierechte eingeräumt, und erst die Gesetzespraxis wird zeigen, wie weit der ohnehin enge Rahmen auch von den nationalen Minderheiten selbst ausgeschöpft werden kann.

In der Volksrepublik China gibt es gegenwärtig 5 Autonome Gebiete mit Provinzstatus, 31 Autonome Bezirke und 80 Autonome Kreise. Sie umfassen ein Gebiet von 6,1 Mio. qkm, d.h. mehr als 60% der chinesischen Landfläche. Dort leben 120 Mio. Menschen, d.h. 11,5% der chinesischen Bevölkerung, darunter nur 50 Mio. Angehörige nationaler Minderheiten. -sch-

\*(13)

### 5. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI.NVK

Der Ständige Ausschuss des VI.Nationalen Volkskongresses trat vom 5.-11.Mai 1984 zu seiner 5.Sitzung zusammen. Das ständige Parlamentsorgan befaßte sich im wesentlichen mit der Vorbereitung der 2.Tagung des VI.NVK und faßte u.a. folgende Beschlüsse:

- Verabschiedung des Tagesordnungsentwurfs für die 2.Tagung des VI.NVK.

- Verabschiedung eines Listenvorschlags für die Präsidiumsmitglieder der 2.Tagung des VI.NVK.

- Verabschiedung des Arbeitsberichts des Ständigen Ausschusses für die 2.Tagung des VI.NVK.

- Abänderung des Gesetzentwurfs über regionale Autonomie der nationalen Minderheiten und Überweisung an die 2.Tagung des VI.NVK zur endgültigen Verabschiedung.

- Verabschiedung des Gesetzes über Feuerschutz, das am 1.Oktober 1984 in Kraft tritt.

- Verabschiedung des Gesetzes über Gewässerschutz, das am 1.November 1984 in Kraft tritt. -sch-

\*(14)

### 2.Tagung des VI.Nationalen PKCV-Komitees

Parallel zur Tagung des Nationalen Volkskongresses fand wie üblich die alljährliche Tagung des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKCV) statt. Das VI.Nationale PKCV-Komitee trat vom 12. bis 26.Mai 1984 zu seiner 2.Tagung zusammen. Die PKCV, der vor allem Nichtkommunisten angehören, ist ein beratendes Organ der Regierung. Ihr Nationales Komitee hat gegenwärtig 2.030 Mitglieder.

In ihrer Eröffnungsrede betont die Vorsitzende des Nationalen PKCV-Komitees, Deng Yingchao, die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten zum Zwecke der Modernisierung und Wiedervereinigung Chinas. Wie üblich brachten die Teilnehmer der PKCV-Tagung einstimmig ihre Unterstützung für alle Beschlüsse des gleichzeitig tagenden Nationalen Volkskongresses zum Ausdruck. Außerdem wählten die Tagungsteilnehmer drei zusätzliche stellvertretende PKCV-Vorsitzende (Durchschnittsalter: 81 Jahre) sowie sechs zusätzliche Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Nationalen PKCV-Komitees. Der Ständige Ausschuss umfaßt gegenwärtig 295 Mitglieder, darunter eine Vorsitzende und 31 Stellvertreter. -sch-

\*(15)

### Einführung von wohnsitzgebundenen Personalausweisen

Laut Beschluß des Staatsrats werden in der Volksrepublik China mit Beginn dieses Jahres wohnsitzgebundene Personalausweise für alle Bürger eingeführt. Ausgenommen hiervon sind Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren, Angehörige der Volksbefreiungsarmee und der Bewaffneten Volkspolizei sowie Strafgefangene und Personen, die der Umerziehung durch Arbeit unterliegen. Der neu eingeführte chinesische Personalausweis wird den Namen, das Geschlecht, die Nationalität, das Geburtsdatum, die Adresse und ein Photo des Ausweisinhabers sowie das Verfallsdatum enthalten. Die Bürger müssen den Personalausweis bei der öffentlichen Sicherheitsbehörde ihres ständigen Wohnsitzes beantragen. Bei Wechsel des ständigen Wohnsitzes muß ein neuer Personalausweis beantragt und der bisherige Ausweis abgegeben werden. Die Bürger sind verpflichtet, ihren Personalausweis ständig bei sich zu tragen und auf Verlangen den Angehörigen der öffentlichen Sicherheitsorgane vorzuzeigen. Die Gültigkeit des wohnsitzgebundenen Personalausweises beträgt für Bürger vom 16. bis 25. Lebensjahr

10 Jahre, für Bürger vom 25. bis 45. Lebensjahr 20 Jahre, für Bürger ab dem 45. Lebensjahr hat der Personalausweis lebenslängliche Gültigkeit (RMRB, 7.5.84). -sch-

\*(16)

### Errichtung des Verwaltungsgebiets Hainan

Die Errichtung des Verwaltungsgebiets Hainan wurde auf der 2.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses Ende Mai 1984 beschlossen. Damit erhält die Insel Hainan nun eine eigene Volksregierung sowie einen eigenen Volkskongreß. Bisher war Hainan ein Verwaltungsbezirk der Provinz Guangdong und wurde von einem Bezirksamt geleitet, das von der Provinzregierung von Guangdong personell besetzt wurde. Allerdings wird auch die künftige Regierung des Verwaltungsgebiets Hainan unter der Führung der Guangdonger Provinzregierung stehen - damit hat das Verwaltungsgebiet von Hainan offenbar einen ähnlichen Status wie ein Autonomer Bezirk.

Die Einrichtung einer Regierung von Hainan soll vor allem der wirtschaftlichen Entwicklung dieser zweitgrößten Insel der Volksrepublik China dienen. Zunächst soll die Infrastruktur mit Hilfe ausländischer Unternehmen ausgebaut werden - Häfen, Flugplätze, Kraftwerke, Straßen und Hotels sollen mit ausländischer Hilfe auf der Insel entstehen. Es ist auch vorgesehen, direkte Schiffs- und Flugverbindungen mit Hongkong einzurichten. Hainan verfügt nicht nur über äußerst fruchtbare Böden zum Anbau tropischer Pflanzen, sondern auch über reiche Bodenschätze wie Uran, Titan, Kobalt, Erdöl, Erdgas und Edelsteine. Auf der Insel leben 5,8 Mio. Menschen (XNA, 29.5.84).

Die Regierung von Hainan wird künftig auch die von China im Südchinesischen Meer beanspruchten und teilweise besetzten Xisha- (Paracels), Zhongsha- und Nansha-Inseln (Spratlys) "verwalten". Die Xisha- und Nansha-Inseln sind z.T. zwischen China, Vietnam, Malaysia und den Philippinen heftig umstritten. Chinas Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer umfassen sogar Inseln, die noch nicht einmal 100 m vor der malaysischen Küste liegen, jedoch vom nächsten Punkt des chinesischen Festlandes 1.840 km Luftlinie entfernt sind. Alle diese Inseln gehören nun zum Verwaltungsbereich der Regierung von Hainan, der damit quasi das gesamte Südchinesische Meer zugeschlagen wurde. Für den chinesischen Minister für Zivile Angelegenheiten, Cui Naifu, dient diese Maßnahme der Konsolidierung der chinesischen Verteidigungslinien

im Südchinesischen Meer (XNA, 29.5.84), während das vietnamesische Parteiorgan "Nhan Dan" darin wieder einmal den chinesischen "Plan" enthüllt sah, "nach Süden zu expandieren" (nach: MD, 1.6.84). -sch-

\*(17)

**Kriminalitätsrate gesunken**

Die Kriminalitätsrate soll im 1.Quartal 1984 um 33,2% im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres zurückgegangen sein. Dies erklärte der Präsident des Obersten Volksgerichtshofes, Zheng Tianxiang, in seinem Arbeitsbericht auf der 2.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses am 26.Mai 1984. Zheng führte diese positive Entwicklung zurück auf die verschärfte Bekämpfung der Gewaltkriminalität seit Herbst letzten Jahres. Zheng räumte jedoch ein, daß eine Reihe von Fällen ohne Sorgfalt behandelt worden seien. Einige Urteile hätten nicht den begangenen Straftaten entsprochen, und in einigen Fällen habe man sich nicht an die Strafprozeßordnung gehalten. Die Gerichte würden jedoch Maßnahmen ergreifen, um Fehlurteile zu revidieren. Zheng machte keine Angaben darüber, ob von den zugegebenen Verfahrensfehlern auch Angeklagte betroffen waren, die hingerichtet wurden. -sch-

\*(18)

**14 Mio. Muslime in der VR China**

Nach Angaben des Präsidenten der Islamischen Vereinigung Chinas, Al-Haji Muhammad Ali Zhang Jie, bekennen sich 10 der 55 nationalen Minderheiten in der VR China zum Islam. Diese 10 Moslem-Minoritäten zählen insgesamt 14 Mio. Menschen. Für sie gibt es gegenwärtig rund 20.000 Moscheen in den verschiedenen Landesteilen Chinas. (XNA, 24.5.84, nach: SWB, 29.5.84) -sch-

**VERTEIDIGUNG**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(19)

**Militärdienstgesetz verabschiedet**

Ein neues Militärdienstgesetz ist Ende Mai 1984 auf der 2.Tagung des VI.Nationalen Volkskongresses verabschiedet worden. Danach sind alle Bürger der Volksrepublik China verpflichtet, Militärdienst abzuleisten. Männliche Bürger werden zwischen dem 18. und 22.Lebensjahr eingezogen. Weibliche Bürger können ebenfalls verpflichtet werden, falls Bedarf hierfür besteht. Die Zeitdauer für die Wehrpflichtigen im aktiven Dienst beträgt für das Heer 3 Jahre und

für die Marine sowie die Luftwaffe 4 Jahre. Bei Bedarf kann der aktive Dienst auf freiwilliger Basis um 1-2 Jahre und bei der Marine und den Luftstreitkräften um 1 Jahr verlängert werden. Wer insgesamt 5 Jahre aktiven Dienst abgeleistet hat, kann seine Übernahme als Freiwilliger beantragen. Die Mindestzeitdauer des aktiven Dienstes für einen Freiwilligen beträgt 8 Jahre und die Höchstdauer 12 Jahre bzw. 13 und 17 Jahre bei Anrechnung der verlängerten Wehrpflichtszeit von 5 Jahren. Spätestens im Alter von 35 Jahren endet die aktive Dienstzeit der Freiwilligen. Das Gesetz regelt auch die Wiedereingliederung der aus dem aktiven Dienst ausgeschiedenen Wehrpflichtigen und Freiwilligen.

Mit dem neuen Militärdienstgesetz werden auch die militärischen Ränge wieder eingeführt, die zu Beginn der Kulturrevolution abgeschafft worden waren.

Zur Reserve zählen neben ausgeschiedenen Wehrpflichtigen vor allem die Mitglieder der Miliz. Die Altersgrenze beträgt bei der Miliz 28 Jahre. Die Aufgaben der Miliz, die sich hauptsächlich aus nebenberuflichen Milizionären zusammensetzt, reichen von der Produktion über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung bis hin zur Landesverteidigung.

Außerdem sieht das Gesetz die Einführung einer militärischen Ausbildung durch höhere Lehranstalten und Hochschulen vor. -sch-

\*(20)

**Linkstendenzen in der Armee**

Vor Führungskadern der in der Militärregion Shenyang stationierten Einheiten des Heeres, der Luftwaffe und der Marine hat ZK-Generalsekretär Hu Yaobang am 19.Mai 1984 in Shenyang die Überwindung "linker" ideologischer Einflüsse als die wichtigste Aufgabe der politischen Ausrichtung der Kommunistischen Partei Chinas bezeichnet. Die Militärregion Shenyang nimmt nicht nur militärisch eine Sonderstellung ein - hier sind, neben der Militärregion Beijing, die meisten Panzer- und Infanteriedivisionen stationiert -, sondern spielt auch politische offensichtlich eine Sonderrolle, da sie als einzige der elf Militärregionen nach wie vor von einem Kommandeur geführt wird, der in der Kulturrevolution militärisch und politisch Karriere machte: Li Desheng. In diesem Zusammenhang könnte die Mahnung des stellvertretenden Vorsitzenden der ZK-Militärkommission, Yang Shangkun, der Hu Yaobang nach Shenyang begleitete, gesehen werden, daß im

Verlauf der Ausrichtung der Partei keiner der Befürworter der Kulturrevolution ungestraft davon kommen dürfe. Die "Kulturrevolution" müsse vollständig negiert werden, forderte Yang Shangkun weiter, und bezeichnete den Stand der Ausrichtung der Parteiorganisationen innerhalb der Armee als "nicht schlecht", was de facto so viel wie ziemlich miserabel bedeutet (RMRB, 20.5.84). -sch-

**KULTUR**

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

\*(21)

**Stellungnahme des Ministerpräsidenten zum Kampf gegen die "geistige Verschmutzung"**

In seinem Regierungsbericht auf der 2. Tagung des VI. Nationalen Volkskongresses nahm Ministerpräsident Zhao Ziyang u.a. zu dem Kampf gegen die sog. "geistige Verschmutzung" Stellung. Er bejahte diesen Kampf und stellte ihn als unverzichtbar für den Aufbau einer sozialistischen geistigen Zivilisation hin, indem er zugleich betonte, daß der Kampf für den Staat eine langfristige, grundlegende Aufgabe darstelle. Die Eindämmung der "geistigen Verschmutzung" auf ideologischem und kulturellem Gebiet habe deutliche Erfolge gezeitigt, man habe die ungunstigen Tendenzen einer kleinen Gruppe von Leuten, die geistige Verschmutzung betrieben, zum Stillstand gebracht und pornographische Bücher und Zeitschriften verboten.

Mit der Begründung, man habe hinsichtlich einiger politischer Maßnahmen die Abgrenzungslinien nicht genügend klar gemacht (gemeint ist offensichtlich die Abgrenzung zur Kulturrevolution), gestand der Ministerpräsident ein, daß es in manchen Orten und Einheiten zu unangemessenen Handlungsweisen gekommen sei; doch sobald diese zur Kenntnis gekommen seien, habe man sie sofort berichtet. Die Forderung der Massen nach einem verschönerten geistigen und materiellen Leben sei vollkommen richtig und sollte unterstützt werden, doch dürfe auf keinen Fall zugelassen werden, daß diese Forderung mit geistiger Verschmutzung in ideologischer Hinsicht verwechselt würde (RMRB, 16.5.84, S.2).

Seit Beginn des Jahres 1984 ist der Kampf gegen die "geistige Verschmutzung" merklich abgeflaut. Die Erklärung dafür läßt sich aus dem Regierungsbericht ablesen: Vielfach scheint man unangemessen scharf gegen Intellektuelle vorgegangen zu sein. Um die Intellektuellen nicht weiter zu beunruhigen,